

## Wallis

# ETH-Studie zeigt: Für Solarstrom gibt es an manchen Orten im Wallis kaum Geld

Strom von Fotovoltaikanlagen wird von den lokalen Energieversorgern sehr unterschiedlich abgegolten. Das bringt Probleme mit sich, sagt ein ETH-Professor. Energieminister Roberto Schmidt erklärt derweil die Hintergründe.

Martin Meul

Die Voraussetzungen für Fotovoltaikanlagen im Wallis sind gut. Gerade im Winter, dann wenn es kühl ist, die Sonne aber nicht von einer Nebeldecke verdeckt wird wie zum Beispiel im Mittelland, wenn das Land viel Strom braucht. Kein Wunder, werden gerade hier derzeit die grossen Freiflächenanlagen wie Grensolar geplant. Das Wallis ist, was den Bau von sogenannten PV-Anlagen angeht, tatsächlich ein Sonnenkanton. Eigentlich.

Denn es gibt gute Gründe, sich gut zu überlegen, ob man eine PV-Anlage auf dem Dach seines Hauses bauen lassen will. Zusammenfassen lassen sich diese Gründe mit vier Worten: Es rentiert nicht überall.

Auch Peter B.\* aus Visp wollte schon vor Jahren die Walliser Sonne nutzen, um das Klima zu schonen und um Geld zu sparen. Deshalb liess er auf seinem Dach eine PV-Anlage installieren. Diese liefert im Jahr rund 10'000 Kilowattstunden (kWh) an Strom.

Hätte er den mit seiner Anlage produzierten Strom dem örtlichen Energieversorgungsunternehmen, im Falle von B. sind dies die Energiedienste Visp Westlich Raron, verkauft, so hätte er im letzten Jahr etwas über 900 Franken erhalten. Mit Verweis auf die Investitionskosten von fast 40'000 Franken für die Anlage sagt B.: «Eigentlich lohnt sich das Ganze nicht.»

### Ein Flickenteppich

Dabei hätte es der Visper noch deutlich schlechter treffen können. Stände seine Anlage nämlich im Bezirk Leuk, so hätte es für ihn nicht einmal 600 Franken gegeben. Denn die Vergütungen für Strom aus Solaranlagen variieren von Energieversorger zu Energieversorger mit teils erheblichen Unterschieden.

Das zeigt eine neue Studie des ETH-Professors Tobias Schmidt und seines Teams. Schmidt ist Experte für Energie- und Technologiepolitik und stellt der Schweizer Solarpolitik ein schlechtes Zeugnis aus. Er sagt: «Leider lohnt es sich für einen Besitzer eines Einfamilienhauses mit Gasheizung in nur knapp der Hälfte der Fälle, eine Solaranlage zu installieren.»

Eine Anlage gilt für die Forscher dann als profitabel, wenn der erwartete Gewinn über eine Lebensdauer von 30 Jahren grösser als drei Prozent ist. Dabei berücksichtigen sie für jede Gemeinde neben den Anschaffungskosten und Förderungen die Leistung der Anlage, die Höhe der Vergütung für den eingespeisten Solarstrom, die Stromkosten, die durch den Eigenverbrauch des Solarstroms gespart werden, sowie den Steuersatz.

Ein Blick auf die so entstandene Landkarte stellt dem Wallis kein gutes Zeugnis aus. Rich-



Für Sonnenstrom, wie hier in Erschmatt, gibt es ganz unterschiedlich viel Geld. Die Frage der Harmonisierung müsse dringend diskutiert werden, findet ein ETH-Professor.

Bild: pomona.media/Alain Amherd

tig profitabel sind die Anlagen nirgends im Kanton. Nicht in Visp, erst recht nicht in Leuk.

Abhängig vom Stromanbieter erhielten die Hausbesitzer in der Schweiz im letzten Jahr zwischen 5 und 22 Rappen pro Kilowattstunde (Rp/kWh) für den selbst erzeugten Solarstrom. In Leuk mit 5,75 Rappen liegt man also am unteren Ende der Skala und auch in Visp gibt es nicht einmal den Schweizer Durchschnittswert von 9,9 Rp/kWh. Die Daten dafür stammen vom Verband unabhängiger Energieerzeuger Vese.

Der Visper Solarzellenbesitzer Peter B. sagt darum: «Zum Glück brauche ich das meiste von dem produzierten Strom selbst.» B. hat eine Wärmepumpe, «heizt» also mit Strom, und fährt ein Elektroauto. «So lohnt sich meine Anlage, gerade jetzt, wo die Stromkosten hoch sind.» Denn B. verkauft nur ein Drittel des Stroms an seinen Energiedienstleister. «Nur so wird die Anlage nicht zu einem Verlustgeschäft.»

Diese Haltung macht PV-Anlagen zwar für einzelne Hausbesitzer lukrativ, auch wenn es wenig Geld für die Kilowattstunde gibt, grundsätzlich aber ist sie ein Problem. «Je weniger der lokale Stromnetzbetreiber für den eingespeisten Solarstrom zahlt und je mehr er für den gelieferten

Strom verlangt, desto eher passen Hausbesitzer die Grösse ihrer Solaranlage auf den Eigenverbrauch an», sagt ETH-Professor Tobias Schmidt.

In manchen Fällen heisst das, dass die Hausbesitzer weniger grosse Anlagen bauen und weniger Strom erzeugen, als sie eigentlich könnten. Doch das ist im Sinne des grossen Ganzen schlecht.

Denn um ihre Klimaziele zu erreichen, muss die Schweiz ihre Stromerzeugung aus Sonnenenergie massiv erhöhen. «Fotovoltaikanlagen auf Ein- und Mehrfamilienhäusern spielen dabei eine entscheidende Rolle, da sie 42 Prozent des Potenzials auf Hausdächern ausmachen», sagt Professor Schmidt.

Zwar werde im Wallis gerade viel über grosse Freiflächenanlagen wie Gondosolar gesprochen, aber ohne die kleinen Anlagen werde die Energiewende nicht gelingen. Deshalb fordert der Energieexperte Massnahmen in Bezug auf die kleinen Anlagen. Er sagt: «Es braucht eine dringende Harmonisierung. Es kann nicht sein, dass man in einem so kleinen Land wie der Schweiz so frapante Unterschiede bezüglich Vergütung hat, wie es derzeit der Fall ist.»

Eine Möglichkeit sieht Tobias Schmidt darin, dass eine schweizweite Mindestvergütung

für die Kilowattstunde eingeführt wird. Entsprechende Debatten laufen derzeit in Bundesbern. «Das wäre sicher ein Schritt in die richtige Richtung.» Doch mehr Geld pro Kilowattstunde ist für den Energieexperten nur ein Teil der Problemlösung. Es brauche zudem mehr Planungssicherheit, sagt er.

Das Problem: Für Hausbesitzer, die eine PV-Anlage bauen, ist es sehr schwer, die Amortisationskosten abzuschätzen. Denn jedes Jahr gibt es für die Kilowattstunde einen anderen Betrag.

Weil Energie aufgrund des Ukrainekriegs knapp ist, werden für das Jahr 2023 die Vergütungen steigen, teils massiv. Im Raum Brig, also von der EnBAG, gibt es dieses Jahr fast das Doppelte von dem, was es letztes Jahr gab, nicht ganz 18 Rappen pro Kilowattstunde.

Das sei zwar für die PV-Anlagenbesitzer erfreulich, zeige aber auch ein grundsätzliches Problem, sagt Professor Tobias Schmidt. «Genauso schnell, wie die Vergütung steigen kann, kann sie auch wieder sinken.»

Deshalb brauche es auch in diesem Bereich Massnahmen, wolle man private PV-Anlagen attraktiver machen. Die Vergütungen sollten über 20 Jahre festgesetzt werden, damit genauere Amortisationsrechnungen durchgeführt werden könnten, sagt Schmidt.

Grundsätzlich gleiche die Schweiz einem Flickenteppich, was die Fotovoltaik betreffe. «Es ist aber weder fair noch verständlich, warum die Profitabilität von Solaranlagen so stark regional schwankt», sagt Professor Schmidt.

### Die Suche nach den Ursachen

Unterdessen stellt sich die Frage, warum es überhaupt einen solchen Flickenteppich gibt. Roberto Schmidt, Walliser Energieminister, verweist darauf, dass die Höhe der Vergütungen, die Rücklieferartef, wie es im Fachjargon heisst, nicht in die Zuständigkeit von Bund oder Kantonen falle, die Studie sei deshalb «tendenziös».

Selbstverständlich würde es Energieminister Schmidt begrüssen, wenn die Energieversorgungsunternehmen EVU in der Preisgestaltung ihren Handlungsspielraum voll ausnützen und die Rücklieferartef möglichst hoch ansetzen würden, um den Ausbau von PV-Anlagen zu fördern. «Hier könnten sich gerade die Gemeinden, die bei uns meistens an den EVU beteiligt sind, für höhere Einspeisevergütungen einsetzen.»

Doch warum sind die Unterschiede dermassen gross? Während man in der Region Leuk kaum sechs Rappen pro Kilo-

wattstunde erhält, gibt es im Kanton Nidwalden sage und schreibe 31 Rappen. «Diese Unterschiede sind strukturell bedingt und hängen vor allem von den jeweiligen Kosten der EVU für die Strombeschaffung ab», sagt Roberto Schmidt.

Die Energieversorgungsunternehmen produzieren entweder ihren Strom zu ganz unterschiedlichen Gestehungskosten selbst oder kaufen ihn am Markt zu Preisen ein, die sehr volatil sind. «Zudem hat nicht jeder Netzbetreiber gleich viele PV-Anlagen am Netz, deren Strom er gegen Entschädigung abnehmen muss.» Die unterschiedlichen Beschaffungskosten führen also letztlich zu ganz unterschiedlichen Stromtarifen und damit auch zu unterschiedlichen Vergütungen für den ins Netz eingespeisten PV-Strom, erklärt Roberto Schmidt.

Daher wäre auch der Walliser Energieminister für eine minimale Vergütung, die überall in der Schweiz gleich ist. «Ich würde es sehr begrüssen, wenn der Bund schweizweit einen einheitlichen, minimalen Rücklieferartef festlegen würde, der von allen Konsumenten finanziert würde», sagt Roberto Schmidt. Dieser Minimaltarif müsste sich aber an den Marktpreisen orientieren.

Die aktuelle Situation sieht Staatsrat Roberto Schmidt un-